



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/100-2.5.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber US9 890

Trägerische Statistik/Die Lage der Schwer- beschädigten	S. 1
Kulturkampfgarolen auch in der Schweiz	S. 3
Nachwort zur Begegnung Pinay-Aßenauer	S. 5
Nbfuhr der SED in den Betrieben	S. 7

Das Spiel mit der Zahl

Kj. Muß man sich heute in der Bundesrepublik noch Sorgen um die berufliche Unterbringung der Schwerbeschädigten machen?

Die Statistik sagt nein:

Nach den Feststellungen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gibt es in ganz Westdeutschland einschließlich Westberlin nur 40 000 arbeitslose und arbeitssuchende Schwerbeschädigte. "Nur" - betont die Statistik, und sie stellt dieser Zahl jene weitaus imponierendere von 290 000 Pflichtplätzen gegenüber, die nach dem Willen des Gesetzgebers in den verschiedensten Betrieben von Schwerbeschädigten besetzt werden können. Man sollte also meinen, es wäre ein Leichtes, die Arbeitslosen unter den Kriegsoffern in Lohn und Brot zu bringen.

Doch wie so oft bei den bürokratischen Zahlenspielen sieht auch hier die raue Wirklichkeit anders aus. Die Statistik erfaßt nämlich nur die als arbeitslos gemeldeten Schwerbeschädigten - die Gesamtzahl der beruflich nicht oder doch nur unvollkommen Versorgten liegt weitaus höher. So bleiben z.B. alle die unberücksichtigt, die sich seit Jahren vergeblich um einen Arbeitsplatz bemüht haben und sich nun, enttäuscht und verbittert, bei den Arbeitsämtern nicht mehr melden. Die Zahl derer, die auf ungeeigneten Plätzen eine vorübergehende Beschäftigung fanden

und demzufolge nicht mehr registriert werden, ist Legion. Nicht erfasst von der Statistik werden auch die vielen Tausende von arbeitsunfähig gemeldeten Schwerbeschädigten - gleich, ob sie ihren unausgefüllten Alltag zuhause verleben oder in Krankenhäusern zubringen müssen. Dass die als arbeitsunfähig Betrachteten aber, in eine ihrer Leistungsfähigkeit angepasste Stelle vermittelt und richtig angeleitet, durchaus nützliche Arbeit leisten können - dafür gibt es überzeugende Beweise.

Was hilft es schon, wenn der Staat "Sollstellen" auf dem Papier bereitstellt, wenn er die Arbeitgeber verpflichtet, entweder eine bestimmte Anzahl Schwerbeschädigter einzustellen oder bei Nichterfüllung des Solls Ausgleichsabgaben an die Sürsorgebehörde zu zahlen! Selbst beim besten Willen ist es z.B. dem Bergbau, der Steine- und Erdenindustrie, dem Baugewerbe und der Land- und Forstwirtschaft nur in sehr beschränktem Umfange möglich, Körperbehinderte zu beschäftigen. Viele Betriebe aber zeigen sich an der Einstellung Schwerbeschädigter überhaupt desinteressiert, weil sie deren mögliche Minderleistung fürchten.

Eine Hauptfürsorgestelle des Landes Baden-Württemberg hat festgestellt, dass in ihrem Bereich die Zahl der beruflich unversorgten Schwerbeschädigten achtmal höher ist als die Zahl der von der Arbeitsbehörde als arbeitsfähig gemeldeten, die als die einzig Arbeitslosen in den Kartagen existieren. So geht es mit der Statistik.

Kein Mensch wird bezweifeln, dass die Unterbringung der Kriegsoffer ein hohes Maß von Geduld und Mühe fordert und außerdem viel Geld kostet. In Baden-Württemberg hat man jedoch ausgerechnet, dass rund 70 % der Arbeitsunfähigen durchaus eine leichte Tätigkeit ausführen könnten, wenn der Ausbau der Einrichtungen zur Berufsausbildung und -umschulung mehr als bisher gefördert werden würde. Die berufliche Versorgung der Schwerbeschädigten ist nicht einfach, aber auch nicht unmöglich. Unmöglich ist nur der Zweckoptimismus der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der auf dem statistischen Papier ein Problem als gelöst erscheinen lässt, das in Wirklichkeit noch weit von seiner Lösung entfernt ist.

Auswüchse des politischen Katholizismus in der Schweiz

Von unserem Mitarbeiter in der Schweiz

In einigen Schweizer Kantonen fanden Ende April Wahlen zur Neubestellung der kantonalen Parlamente und Regierungen statt. Die Ergebnisse bestätigten im großen und ganzen den "Status quo" und dürften außerhalb der Schweizer Landesgrenzen kaum auf ein besonderes Interesse stoßen. Von übernationaler Bedeutung dürfte es hingegen sein, dass der politische Katholizismus da und dort den Wahlkampf mit ausgewachsenen Kulturkampf-Parolen bestritt und sich dabei Entgleisungen leistete, die von Seiten der politischen Gegner mit einer für Schweizer Verhältnisse ungewohnten Schärfe angeprangert werden mußten. Vor allem fiel dabei auf, wie hart die Katholisch-Konservativen und die Liberal-Freisinnigen aneinander gerieten.

Zu besonders krassen Auswüchsen kam es in einer der Hochburgen des politischen Katholizismus in der Schweiz, dem Kanton Luzern. Die Verunglimpfung des politischen Gegners gehörte zur Tagesordnung. So wurde z.B. in einer christlich-sozialen Zeitung erklärt, die Luzerner Jungfreisinnigen hätten sich zu einer Rundfrage veranlasst gesehen, um festzustellen, welchen Einfluss das Heilige Jahr auf die Parteidisziplin gehabt habe. Außerdem hätten sie einen Aufruf erlassen, sich keinen katholischen Jungmännervereinen anzuschließen.

Da in einem Kanton wie Luzern auch viele liberale und sozialdemokratische Wähler Katholiken sind, setzten die Angegriffenen sich gegen diesen Versuch einer konfessionellen Verunglimpfung empört zur Wehr. Das liberale "Luzerner Tagblatt" nannte diese Behauptungen "ein Märchen, zum Zwecke der politischen Hetze frei erfunden." Das Blatt sprach dann noch von einer "einfältigen, faustdicken Lüge" und meinte, der Artikel berühre um so merkwürdiger, als es ja gerade die Statuten der Katholischen Jungmannschaft seien, die ihren Mitgliedern den Beitritt zu neutralen Gewerkschaften, Turn- und Sportvereinen verböten. "Diese Kreise wollen bekanntlich unser Volk aufspalten in konfessionelle Blöcke. Der Katholik darf ihrer Meinung nach

2.5.1955

nicht zusammen mit dem Protestanten turmen, sporteln und pfadfindern." In einem grundsätzlichen Artikel über den freien Bürger in einem freien Land meint das liberale Luzerner Blatt unter Hinweis auf Franco-Spanien dann noch, die Tatsache sei nicht zu leugnen, "dass auch bei uns (in der Schweiz) viele Katholischkonservative im Prinzip Gegner der geistigen Freiheit sind."

Es will viel heißen, wenn sogar die "Neue Zürcher Zeitung", die in ihrem innenpolitischen Teil den rechten Flügel des Schweizer Freisinns verkörpert, sich in einem Augenblick mit scharfen Worten gegen die Auswüchse des politischen Katholizismus zur Wehr setzen muß, in welchem die Freisinnige Partei im Kanton Zürich für die Regierungsratswahlen u. a. auch mit den Christlich-Sozialen zusammen eine Einheitsliste aufgestellt hat. Und doch ist das unmittelbar vor den Züricher Wahlen in einem redaktionellen Artikel unter dem Titel "Mißbrauch der Religion" geschehen.

Das Blatt nimmt vor allem eine Äußerung des Präsidenten der Konservativen Partei des Kantons Luzern aufs Korn, der in einem Vortrag erklärt hatte, der Wahlkampf in Luzern stelle nur einen kleinen Ausschnitt dar "des Kampfes in der Welt zwischen Christ und Antichrist". Die "Neue Zürcher Zeitung" glossiert derartige Aussprüche als "Selbstbeweihräucherung unter gleichzeitiger Verunglimpfung aller anderen" als "Mißbrauch der Religion zu politischen und parteipolitischen Zwecken" und kommt zum Schluß, die moralisch anfechtbarste Konsequenz einer "sogenannten christlichen Politik" bestehe darin, "dass alle, die sich nicht in den Pflichten der betreffenden Partei einspannen lassen wollen, offen oder versteckt als ungetreue Christen oder gar als Antichristen und Heiden diffamiert werden."

*

*

*

Wiedervereinigung nur am Rande

Das wichtigste Anliegen des deutschen Volkes, die Wiedervereinigung unseres gespaltenen Landes in Frieden und Freiheit, spielte bei der zweitägigen Zusammenkunft zwischen dem französischen Außenminister Pinay und dem Bundeskanzler Westdeutschlands nur eine Rolle am Rande. Dafür konnte der französische Außenminister Pinay seine Rückreise nach Paris mit handfesten Vorteilen in der unstrittenen Saarfrage antreten. Die Familie Röchling wurde mit der Unterschrift des Bundeskanzlers endgültig zum Verkauf der Hüttenwerke in Völklingen genötigt, wenn auch versüsst mit dem Verkaufspreis von 200 Millionen Schweizer Franken, den zur Hälfte die bundesrepublikanischen Steuerzahler aufzubringen haben. Das kennzeichnet den Geist und die Atmosphäre dieses Bonner Ministertreffens.

Die bundesrepublikanische Öffentlichkeit ist es gewöhnt, bei solchen und ähnlichen Begegnungen mit einer Fülle von offiziellen Überschwang bedächt zu werden, der sich, gemessen am konkreten Inhalt der Vereinbarungen, dann später als politisches Feuilleton erweist. Wo bleibt die Eröffnung einer neuen Ebene der deutsch-französischen Beziehungen, die sich "anbahnende Entente" zwischen beiden Ländern (Pinay), wo liegt der Grund für eine deutsche Zufriedenheit (Adenauer)?

Es war dem Bundeskanzler nicht einmal möglich, den ausgewiesenen und vertriebenen Saarländern das Wahlrecht für die im Rahmen des Saarstatutes vorgesehene Volksabstimmung zu sichern, auch ist es auffallend, dass in sonst so wortreichen Communiqués mit keinem Wort die französisch-saarländischen Wirtschaftsabmachungen erwähnt werden. Man hat sich also schon stillschweigend mit einer Regelung abgefunden, die über das eigentliche Saarabkommen hinaus den französischen politischen und wirtschaftlichen Vorherrschaftsanspruch bekräftigt. Die französische Leitung über Völklingen bleibt unange-

2.5.1953

tastet, Frankreich hält mit dem 50%-Besitzanteil an diesem industriellen Grossunternehmen die wirtschaftlichen Schlagadern des Saarlandes unter Kontrolle. Jede wirtschaftliche Abhängigkeit aber zieht zwangsläufig die politische Abhängigkeit nach sich, daran dürfte auch der zukünftige Saarkommissar kaum etwas ändern.

Übrigens ist es bezeichnend, dass Gerüchte über ein deutsches Rückkaufsrecht für den französischen Anteil nach Abschluss eines Friedensvertrages sofort und mit Eifer dementiert wurden. An diesem endgültigen Akt als wichtigstem Teilstück der Freigabe des Saarlandes darf nicht mehr gerüttelt werden.

Das Kommuniqué enthält den schon zum europäischen Gedankengut gehörenden Satz, die deutsche Wiedervereinigung lasse sich nur in Verbindung mit der Schaffung eines allgemeinen Sicherheitssystems lösen. Für diese vor gesunden Menschenverstand eingegangene Feststellung sind die deutschen Sozialdemokraten bei den letzten Bundestagswahlen noch wegen angeblicher Weltfremdheit und Neigung zum Neutralismus gesteinigt worden.

Beide Minister schwiegen sich aber über den Weg aus, der über ein wiedervereinigtes Deutschland zur Schaffung eines solchen Sicherheitssystems führt, das dem Westen und dem Osten die Furcht vor einem wiedervereinigten Deutschland nimmt. Stattdessen drängen sie auf die Verwirklichung der Pariser Verträge. Man kann jedoch nicht das Eine wollen und das Andere nicht lassen. Das Kommuniqué enthält auch nicht die vagesten Andeutungen, wie sich Adenauer und Pinay die Vereinbarung über das Unvereinbare vorstellen. In der gegenwärtigen internationalen Situation muss jedes Beharren auf die Pariser Verträge und deren Inkraftsetzung den in der Weltpolitik sichtbaren Tendenzen mächtigen Auftrieb geben, auf Kosten eines zweigeteilten Deutschland die internationale Entspannung zu suchen. Das ist eine bedrückende Erkenntnis. Verlauf und Ergebnis dieses zweitägigen Ministertreffens geben ihr jedoch neue Nahrung. Die Fakten die durch diese Begegnung geschaffen wurden, werden sich als ein kaum zu überwindendes Hindernis auf dem ohnehin steinigem Weg zur Wiedervereinigung erweisen.

Die BGL-Wahlen bereiten der SED Sorgen

E.St. Die SED hat in den Betrieben der Zone eine neue Schlappe erlitten. Die Wahlen zu den Betriebsgewerkschaftsleitungen sind zwar noch nicht abgeschlossen, trotzdem lässt sich bereits heute feststellen, dass auch in diesem Jahr der Versuch gescheitert ist, den FDGB zu einem linientreuen Werkzeug der SED-Führung zu machen.

Acht Wochen vor dem IV. Bundeskongress steht der FDGB deshalb wieder einmal im Mittelpunkt der Kritik. Obwohl sich nach den Erklärungen der SED der Klassenkampf - d.h. die kommunistischen Anforderungen an die Arbeiterschaft und der Widerstand der Arbeiter gegen das SED-Regime - verschärft haben, gelang es auch diesmal bei den BGL-Wahlen nicht, die geforderte "führende Rolle" der Partei in den Gewerkschaften durchzusetzen.

Seit Anfang 1955 haben die sowjetzonalen Wahlen zu den Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) gezeigt, dass die SED-Kandidaten den parteilosen Gewerkschaftlern unterlagen, die von den Belegschaften per Akklamation vorgeschlagen und gewählt wurden und der SED damit die Eroberung der BGL mit dem Stimmzettel unmöglich machten. Dabei ging es der SED diesmal um mehr als das blosse Prestige. Ein Erfolg bei den BGL-Wahlen hätte dem Regime die Möglichkeit gegeben, von einer Verordnung der Normenerhöhung absehen zu können. Kommunistische BGL hätten die Normenerhöhungen durch ihre Unterschrift unter die Kollektivverträge stillschweigend "im Namen der Arbeiter" gebilligt. Trotz aller Bemühungen und oftmals trotz des offenen Terrors aber erreichten die SED-Kandidaten nicht mehr als 30 bis 35 % der BGL-Funktionen.

Nachdem die SED die erste Runde verloren hatte, rief sie die Parteisekretäre aller Betriebe und Bezirke zusammen, um hier dafür zu sorgen, dass wenigstens in der zweiten Runde der Schaden repariert werden kann. Die Weisung wurde ausgegeben, die bisherigen SED-Niederlagen zu korrigieren. Von den Betriebsparteiorganisationen (BPO) sollen "Zusatzwahlen" in die Wege geleitet werden. Dort, wo über die Annulierung und Wiederholung von Wahlen immer noch kein Erfolg im

Sinne der SED zu erreichen war, sollen die durchgefallenen SED-Kandidaten einfach "kooptiert" werden. Aus vielen Betrieben, wie z.B. dem RAW Nordhausen, ist sogar bekanntgeworden, dass die bereits erfolgte Konstituierung der BGL rückgängig gemacht wurde, damit der durchgefallene und kooptierte SED-Vertrauensmann die Leitung übernehmen konnte.

Als noch wichtiger werden die Delegiertenkonferenzen und damit die Wahlen zu den oberen und mittleren Gewerkschaftsleitungen bezeichnet, die in den kommenden Wochen durchgeführt werden. Diese Wahlen müssen sorgfältig vorbereitet und durchorganisiert werden, um jedes Risiko für die SED auszuschalten. Die Möglichkeit zur Nominierung von Kandidaten soll sofort nach Verlesung der SED-Vorschläge auf geschäftsordnungsmäßigem Weg unterbunden und andere Vorschläge damit unmöglich gemacht werden. Zur Durchführung dieser Weisungen des ZK wurde eine Reihe von Instruktoren in die Betriebe "delegiert". die parteilosen Kandidaten schreckt man auch dadurch von einer Kandidatur ab, indem man das Gerücht ausstreut, in Zukunft sei die Arbeit in den Kreisvorständen "völlig ehrenamtlich", da man auch bei den Gewerkschaften das Prinzip der strengsten Sparsamkeit einführen wolle. Als schärfstes Druckmittel gab die SED aber die Weisung aus, dass in jeder Delegiertenkonferenz die "Bedeutung des 17. Juni 1953" herausgestellt werden müsse, d.h. also, man droht jeder möglichen Opposition mit dem damals vorexerzierten Terror.

Es bleibt allerdings fraglich, ob sich die SED diesmal durchsetzen kann, was bereits bei anderen Versuchen gescheitert ist. Selbst die Wahl von SED-Kandidaten würde auf die Dauer nicht aus dem Dilemma heraushelfen. Die SED-Kritik, dass sich die BGL "zu einseitig mit sozialen Fragen" befassen, zeigt die Richtung: Im Konflikt zwischen Linientreue und dem sozialen Gewissen wird sich die Mehrzahl der BGL-Mitglieder schließlich doch für die gewerkschaftliche Solidarität entscheiden. Und eben daran wird Ulbricht scheitern.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau